

Chronik der Ereignisse 1989

von Klaus-Peter Kolbatz

Januar

4.1. Zwei US-amerikanische Militärmaschinen schießen über internationalen Gewässern im Mittelmeerraum zwei libysche Militärflugzeuge des Typs MiG-23 ab.

7.1. In Moskau finden erstmals westdeutsche Theatertage statt.

11.1. In Ost-Berlin verlassen 20 ausreisewillige DDR-Bürger die Ständige Vertretung Bonns in der DDR. Ihnen war zuvor Straffreiheit und die Überprüfung ihrer Ausreiseanträge zugesichert worden.

15.1. Die Teilnehmer des dritten KSZE-Folgetreffens ([Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa](#)) in Wien sprechen sich in ihrem Schlußdokument für konventionelle Abrüstung in Europa und die Beachtung der Menschenrechte aus.

18.1. Mehrere Tausend Studenten demonstrieren in verschiedenen Städten der Bundesrepublik gegen die schlechten Studienbedingungen und die Wohnungsnot. Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann (geb. 1945) kündigt eine Aufstockung der Finanzmittel an.

19.1. DDR-Staats- und Parteichef [Erich Honecker](#) versichert, die Mauer werde "in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind".

20.1. Der Republikaner Georg Bush (geb. 1924) tritt die Nachfolge von [Ronald Reagan](#) als 41. Präsident der USA an.

23.1. Der surrealistische Maler, Bildhauer und Grafiker Salvador Dalí (1904-1989) stirbt in Figueras/Spanien.

Februar

1.2.-12.5. 28 inhaftierte Mitglieder der [Rote Armee Fraktion](#) (RAF) treten in den Hungerstreik, um die Zusammenlegung aller RAF-Gefangenen in ein Gefängnis zu erzwingen.

2.2. Die Wiener Verhandlungen der [NATO](#) und des [Warschauer Paktes](#) über den Truppenabbau enden nach 15jähriger Dauer ergebnislos, jedoch einvernehmlich. Sie werden durch die am 6. März beginnenden Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) und die Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) ersetzt.

6.2. In Warschau beginnen Gespräche zwischen 57 Vertretern von Regierung, Opposition und Kirche Polens am sogenannten Runden Tisch. Am 5. April wird ein Abkommen über politische und wirtschaftliche Reformen zwischen Regierung und Opposition unterzeichnet.

DDR-Grenzsoldaten erschießen den 20jährigen Schlosser Chris Gueffroy beim Versuch, von Ost- nach West-Berlin zu flüchten.

9.2. Die rechtsextreme "Nationale Sammlung" unter Leitung von Michael Kühnen (1955-1991) wird vom Bundesinnenministerium wegen verfassungsfeindlicher Ziele verboten.

14.2. Als erstes Bundesland beschließt Schleswig-Holstein das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Einen Tag später schließt sich Hamburg an. Im Iran ruft Ayatollah Ruhollah Khomeini (1900-1989) alle Moslems zur Ermordung des britisch-indischen Schriftstellers Salman Rushdie (geb. 1947) wegen seines Romans "Die Satanischen Verse" auf.

15.2. Die letzten sowjetischen Truppen, die seit 1979 Afghanistan besetzt

hatten, verlassen das Land.

20.2. Die Außenminister der EG-Staaten beschließen in Brüssel, wegen der Morddrohung gegen den Schriftsteller Salman Rushdie ihre Botschafter aus Teheran zurückzurufen. Am 21. Februar beruft wiederum der Iran seine Botschafter aus den EG-Staaten ab.

24.2. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei verzichtet auf ihren in der Verfassung verankerten Führungsanspruch.

März

3.3. Die DDR-Volkskammer gewährt den ständig in der DDR lebenden Ausländern das aktive und passive kommunale Wahlrecht.

6.3. In Wien beginnen die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) und zugleich Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) zwischen den 35 KSZETeilnehmerstaaten.

8.3. Bundespräsident [Richard von Weizsäcker](#) begnadigt die ehemalige RAF-Angehörige

Angelika Speitel zum 30. Juni 1990.

12.3. Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (geb. 1943) und Bundesbauminister Oscar Schneider (geb. 1927) sagen ihren geplanten Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse aus Protest gegen die von DDR-Soldaten zwei Tage zuvor auf flüchtende Bürger abgegebenen Schüsse ab.

Am 16. März läßt die DDR-Bundesumweltminister Klaus Töpfer (geb. 1938) wegen der Absagen seiner Kollegen zur Leipziger Messe ihrerseits aus.

23.3. Bei albanischen Protesten gegen eine vom Präsidenten der jugoslawischen Teilrepublik Serbien, Slobodan Milosevic (geb. 1941), betriebene Verfassungsreform zur Einschränkung der Autonomie des Kosovo kommt es zu Ausschreitungen, bei denen 29 Menschen getötet werden.

24.3. Im Prinz-William-Sund vor der Südküste Alaskas läuft der mit 206.000 Tonnen Rohöl beladene Tanker "Exxon Valdez" auf ein Riff und schlägt leck. Es kommt zur bis dahin größten Ölpest in der amerikanischen Geschichte.

26.3. Bei den Wahlen zum ersten sowjetischen Volksdeputiertenkongreß können sich die Bürger erstmals zwischen mehreren Kandidaten entscheiden. Zahlreiche reformorientierte Politiker werden gewählt.

28./29.3. In Hamburg treffen sich Hohe Offiziere der [Bundeswehr](#) und der [NVA](#) zu einem Meinungsaustausch.

April

8.4. In der georgischen Hauptstadt Tiflis treten nationalistische Unruhen auf. Demonstranten fordern den Austritt Georgiens aus der UdSSR.

Uraufführung des Schauspiels "Unbefleckte Empfängnis" von [Rolf Hochhuth](#) im West-Berliner Schillertheater. Hochhuth plädiert mit dem Stück für die Leihmutterchaft und richtet sich damit gegen Kirche, Staat, Ärzte, Feministinnen und Gegner der Gentechnologie.

12.4. In Ungarn wird das Politbüro der Kommunistischen Partei aufgelöst und verstärkt mit Reformern neu gebildet.

13.4. Bundeskanzler [Helmut Kohl](#) kündigt eine Kabinettsumbildung an (vollzogen 21. April): unter anderem wird Theo Waigel (geb. 1939) (CSU) Finanzminister, Gerhard Stoltenberg (geb. 1928) (CDU) Verteidigungsminister und [Wolfgang Schäuble](#) Innenminister.

14.4. Der SPD-Vorstand beschließt aus Kostengründen die endgültige Einstellung des Parteiblattes "Vorwärts".

Die Umweltminister von Bund und Ländern vereinbaren für alle ab 1. Oktober 1991 zugelassenen benzingetriebenen Neuwagen eine Ausrüstungspflicht mit

einem geregelten Drei-Wege-Katalysator.

15.4. Im Sheffielder Fußballstadion (England) ereignet sich die bisher größte Katastrophe in der europäischen Sportgeschichte. Als etwa 4.000 zu spät kommende Fans in das bereits überfüllte Stadion drängen, werden 94 Menschen erdrückt oder zu Tode getreten.

17.4. Die polnische Gewerkschaft "Solidarnosc" wird nach jahrelanger Untergrundarbeit legalisiert.

Mai

2.5. Ungarn beginnt mit dem Abbau der Grenzbefestigungen zu Österreich.

5.5. Der Memminger Frauenarzt Horst Theissen wird wegen illegaler Abtreibungen zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und dreijährigem Berufsverbot verurteilt.

7.5. Bei den Kommunalwahlen in der DDR entfallen nach offiziellen Angaben 98,85% der Stimmen auf die Kandidaten der Einheitslisten. Von Oppositionellen werden zum ersten Mal Kontrollen vorgenommen, vielerorts Wahlfälschungen festgestellt und publik gemacht.

15.5. Nach dreißig Jahren findet zum ersten Mal wieder ein Gipfeltreffen zwischen der Sowjetunion und China statt. Der Besuch des sowjetischen Parteichefs [Michail Gorbatschow](#) in Peking wird von Studentendemonstrationen begleitet, die die Übernahme der [Perestroika](#) durch China fordern.

23.5. Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird mit 86,3% der Stimmen von der Bundesversammlung in seinem Amt bestätigt.

25.5. In der UdSSR wird Parteichef Gorbatschow vom neugeschaffenen Kongreß der Volksdeputierten zum Staatspräsidenten mit besonderen Vollmachten gewählt.

30.5. Die Berliner Philharmoniker geben erstmals seit dem [Mauerbau](#) 1961 in Ost-Berlin ein Konzert.

30./31.5. Der US-amerikanische Präsident Georg Bush besucht die Bundesrepublik.

Juni

3.6. In Teheran/Iran stirbt Ayatollah Ruhollah Khomeini. Während seiner Beisetzung kommt es zu massenhysterischen Szenen, bei denen sechs Menschen getötet werden. Khomeini war seit 1979 die alle Lebensbereiche beherrschende geistige und politische Kraft des Iran. Sein religiöser Fanatismus wurde zur Initialzündung eines den gesamten arabischen Raum beeinflussenden islamischen Fundamentalismus.

4.6. In Peking richtet das chinesische Militär ein Blutbad unter Studenten an, die seit Wochen auf dem Platz des Himmlischen Friedens für mehr Demokratie demonstrieren. Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken zwischen 2.500 und 7.000 Menschen. Dem Massaker schließt sich eine umfassende Verfolgungswelle an.

Bei den polnischen Parlamentswahlen sind erstmals Oppositionsparteien zugelassen.

7.6. In Ost-Berlin löst der [Staatssicherheitsdienst](#) eine Demonstration gegen die Fälschung der Kommunalwahlergebnisse vom 7. Mai auf.

8.6. In einer Stellungnahme bewertet die DDR-Volkskammer das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking als "Niederschlagung einer Konterrevolution" und zeigt Verständnis für den Einsatz des Militärs.

12.-15.6. Der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow wird bei seinem Staatsbesuch in Bonn von der Bevölkerung mit großem Jubel

empfangen. Zum Abschluß seines Besuchs erklärt er: "[Die Mauer](#) kann wieder verschwinden, wenn die Voraussetzungen entfallen, die sie hervorgebracht haben".

13.6. In Ungarn nehmen Vertreter der Regierung und der Opposition "Gespräche am runden Tisch" auf.

17.6. Der FC Bayern München wird deutscher Fußballmeister.

18.6. Bei den dritten Wahlen zum Europaparlament können sozialistische Gruppierungen Gewinne erzielen, während die Konservativen Verluste hinnehmen müssen. Erstmals ziehen die Republikaner mit 7,1% der Stimmen in das Parlament ein.

27.6. In einem symbolischen Akt zerschneiden der ungarische Außenminister Gyula Horn (geb. 1932) und sein österreichischer Kollege Alois Mock (geb. 1934) bei Sopron den Stacheldrahtzaun an der gemeinsamen Grenze. Beseitigt werden nur die Grenzsperrn, die Grenzkontrollen bleiben. In der DDR löst dies dennoch einen verstärkten Urlauber- und [Flüchtlingsstrom](#) nach Ungarn aus.

Juli

6.7. Zwischen der Bundesregierung und der DDR-Regierung wird eine Umweltvereinbarung zur Säuberung der Elbe und zur Verringerung der Luftverschmutzung in der DDR geschlossen.

7.7. Der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow gesteht auf der ersten Ostblock- Gipfelkonferenz seit 1968 in Bukarest jedem sozialistischen Staat seine eigene Entwicklung zu. Damit verliert die sogenannte Breschnew-Doktrin vom November 1968 ihre Gültigkeit.

9.7. Bei den Internationalen Tennismeisterschaften in Wimbledon/England gibt es einen deutschen Doppelerfolg: Bei den Damen gewinnt [Steffi Graf](#) und bei den Herren [Boris Becker](#) .

12.7. Der Seniorenschutzbund "Graue Panther" gründet eine eigene Partei, die "Grauen".

14.7. Zeitgleich mit den Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution findet in Paris der 15. [Weltwirtschaftsgipfel](#) statt.

17.7. Österreich beantragt formell die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft (EG).

19.7. In Polen wird der Chef der Kommunistischen Partei, General Wojciech Jaruzelski (geb. 1923), zum Staatspräsidenten gewählt.

27.7. Laut Beschluß des Obersten Sowjet erhalten die drei baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 weitgehende wirtschaftliche Autonomie.

August1

.8. Die Zeitungen und Zeitschriften des [Axel Springer](#)-Verlages verzichten von nun an auf die Anführungszeichen bei der Nennung der DDR. Auf Anweisung des im September 1985 verstorbenen Axel Springer sollte damit der provisorische Charakter des Staates verdeutlicht werden.

8.8. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin wird für den Besucherverkehr wegen Überfüllung geschlossen. Über 130 DDR-Bürger halten sich in der Vertretung auf, um ihre Ausreise zu erzwingen.

10.8. Zwischen Frankfurt/Main und Leipzig richtet die Lufthansa die erste innerdeutsche Fluglinie ein.

13.8. Auch die Bonner Botschaft in Budapest muß wegen Überfüllung geschlossen werden. Von dort wollen rund 180 DDR-Bürger ausreisen.

14.8. Der südafrikanische Staatspräsident Pieter Willem Botha (geb. 1916)

erklärt seinen Rücktritt. Sein Nachfolger wird Frederik Willem De Klerk (geb. 1936).

19.8. In Sopron/Ungarn kommt es zur größten Massenflucht von DDR-Bürgern seit dem Mauerbau. Etwa 900 Menschen nutzen das von dem Präsidenten der Paneuropa-Union, Otto von Habsburg (geb. 1912), initiierte "Paneuropäische Picknick" zur Flucht über die "grüne" ungarisch-österreichische Grenze.

21.8. Am 21. Jahrestag der Niederschlagung des [Prager Frühlings](#) fordern Demonstranten in Prag Demokratie und Freiheit. Die Polizei löst die Demonstration gewaltsam auf.

22.8. Die Botschaft der Bundesrepublik in Prag wird wegen Überfüllung geschlossen. Rund 140 DDR-Bürger wollen von dort aus in den Westen übersiedeln.

24.8. In Budapest erhalten 108 DDR-Bürger, die sich in der deutschen Botschaft aufhalten, durch die ungarische Regierung als einmalige humanitäre Aktion die Ausreiseerlaubnis in den Westen.

In Polen wird der Kandidat des "Bürgerkomitees Solidarnosc", Tadeusz Mazowiecki (geb. 1927), zum ersten nichtkommunistischen Regierungschef eines Warschauer-Pakt-Staates gewählt.

28.8. Bundespräsident Richard von Weizsäcker bekräftigt in einem Schreiben an den polnischen Staatspräsidenten Jaruzelski den Verzicht der Bundesrepublik auf Gebietsansprüche an Polen.

30.8. In Bayern wird mit den Vorbereitungen zur Errichtung von Notaufnahmelagern für DDR- Flüchtlinge begonnen.

September

4.9. In Leipzig findet die erste [Montagsdemonstration](#) im Anschluß an das traditionelle [Friedensgebet](#) in der Nikolaikirche statt. Es wird mehr Reisefreiheit und die Abschaffung des [Ministeriums für Staatssicherheit](#) (MfS) gefordert. Von nun an finden wöchentlich Montagsdemonstrationen statt.

7.9. Auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz wird gegen die vermutete Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen vom 7. Mai protestiert.

DDRSicherheitskräfte

unterbinden die Aktion und nehmen etwa 80 Personen vorübergehend fest.

8.9. Bundeswirtschaftsminister Haussmann ermöglicht durch einen Ministerentscheid den Zusammenschluß der Daimler-Benz AG mit dem Luftund Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). Damit ist die

Montagsdemonstration in Leipzig

größte Unternehmensfusion in der Geschichte der Bundesrepublik abgeschlossen.

10./11.9. Ungarn läßt ohne vorherige Absprache mit der DDR-Regierung alle dort anwesenden DDR-Ausreisewilligen in den Westen ausreisen. Bis Ende September kommen circa 30.000 Übersiedler auf diesem Weg in die Bundesrepublik. Diese Grenzöffnung trägt wesentlich zur "Wende" in der DDR bei und begründet ein deutsch-ungarisches Sonderverhältnis.

12./13.9. Die DDR protestiert gegen die vorgenommene Öffnung der ungarischen Grenze für DDR-Bürger und bezeichnet dies als "organisierten Menschenhandel".

12.9. Gründungsaufruf der Bürgerbewegung [Demokratie Jetzt](#) (DJ) in der DDR.

15.9.-19.11. Die Hamburger Kunsthalle präsentiert die Ausstellung "Europa 1789. Aufklärung - Verklärung - Verfall".

19.9. Mit dem [Neuen Forum](#) (NF) beantragt erstmals in der DDR eine Oppositionsgruppe offiziell ihre Zulassung als Vereinigung. Am 20.9. wird der Antrag vorerst abgelehnt, da die Gruppe "staatsfeindlich" sei.

Auch die deutsche Botschaft in Warschau muß wegen Überfüllung mit ausreisewilligen DDR-Bürgern den Publikumsverkehr vorübergehend einstellen.

In Düsseldorf wird der Weltverband des Behindertensports, das "Internationale Paralympische Komitee", gegründet.

25.9. Etwa 5.000 Menschen protestieren in Leipzig für Reformen und gegen das Verbot des "Neuen Forums".

26.9. DDR-Bürger verlassen die deutsche Botschaft in Prag und kehren in die DDR zurück, weil ihnen die Ausreise in den Westen binnen sechs Monaten zugesichert wird. Viele Flüchtlinge bleiben jedoch in der Botschaft, da sie direkt in die Bundesrepublik ausreisen wollen.

27.9. Aus Furcht vor einer starken, serbisch dominierten Zentralmacht verabschiedet das slowenische Parlament eine Reihe von Verfassungsänderungen, die der Republik den Austritt aus dem jugoslawischen Bund ermöglichen.

30.9. Bundesaußenminister [Hans-Dietrich Genscher](#) verkündet am Abend auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag, daß alle DDR-Flüchtlinge, die sich in den deutschen Botschaften in Prag und Warschau befinden, ausreisen dürfen. Offiziell werden sie aus humanitären Gründen "abgeschoben", da die humanitären und medizinischen Zustände in diesen Botschaften unhaltbar geworden seien. Die Ausreiseerlaubnis ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Außenministern der UdSSR, DDR, CSSR, Polens und der Bundesrepublik in New York am Rande der UN-Vollversammlung. Im Martin-Gropius-Bau in West-Berlin wird eine Ausstellung zum Werk des aus der DDR stammenden Künstlers [Bernhard Heisig](#) eröffnet.

Oktober

1.10. Die ersten Sonderzüge aus Warschau und aus Prag mit circa 6.800 DDR-Flüchtlingen durchqueren die DDR. Ausreisewillige DDR-Bürger versuchen, auf die Züge aufzuspringen.

1.-3.10. Vor der Botschaft in Prag versammeln sich erneut 7.600 Menschen, obwohl die tschechoslowakische Polizei dies zu verhindern sucht. Am 3.10. gewährt die DDR-Regierung auch ihnen die Ausreise.

2.10. In Leipzig demonstrieren 20.000 Menschen für Reformen in der DDR. Die bisher größte dortige Demonstration für Demokratie wird von DDR-Sicherheitsorganen gewaltsam aufgelöst.

In Ost-Berlin wird die Oppositionsgruppe [Demokratischer Aufbruch](#) (DA) gegründet.

3.10.-11.11. Die DDR-Regierung setzt den visumsfreien Reiseverkehr mit der Tschechoslowakei vorübergehend aus.

4.10. Sonderzüge der DDR-Bahn befördern etwa 7.600 DDR-Flüchtlinge, die in der Prager und in der Warschauer Botschaft Zuflucht gesucht hatten, über das Territorium der DDR in die Bundesrepublik. Bahnhöfe und Gleise auf dem Transportweg werden gesperrt, um zu verhindern, daß weitere Menschen auf die Züge aufspringen. Am Dresdner Hauptbahnhof liefern sich Ausreisewillige und Demonstranten die schwersten Auseinandersetzungen mit DDR-Sicherheitskräften seit dem [17. Juni 1953](#).

7.10. Der **40. Jahrestag** der DDR-Gründung wird mit Militärparaden und Aufmärschen gefeiert. In Ost-Berlin nimmt der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow an den Festveranstaltungen teil. Er betont vor der Presse die Notwendigkeit von Reformen und äußert die berühmten Worte: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben". Gleichzeitig finden in mehreren Städten der DDR Demonstrationen statt, auf denen Zehntausende für Meinungsfreiheit und Reformen eintreten. Die Demonstrationen werden brutal aufgelöst und dabei über tausend Menschen festgenommen.

Konstituierung der **Sozialdemokratischen Partei in der DDR** (SDP) im märkischen Dorf Schwante.

8.10. In Budapest löst sich als erste regierende kommunistische Partei die ungarische KP auf.

9.10. Erstmals demonstrieren in Leipzig über 70.000 Menschen für eine demokratische Erneuerung der DDR, ohne daß die Sicherheitskräfte eingreifen. Der Ruf "**Wir sind das Volk** - keine Gewalt" setzt sich durch. Die Roma und Sinti Union protestiert gegen die drohende Abschiebung von Roma aus der Bundesrepublik, während gleichzeitig jeden Tag Tausende von DDR-Bürgern aufgenommen würden.

15.10. Der Schriftsteller Vaclav Havel (geb. 1936) erhält den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Er kann den Preis nicht persönlich entgegennehmen, da die tschechoslowakische Regierung ihm keine Ausreisegenehmigung erteilt.

16.10. Bei der bislang größten Demonstration in der DDR seit dem **Aufstand vom 17. Juni 1953** ziehen mehr als 120.000 Menschen durch Leipzig. Erneut halten sich die Sicherheitskräfte zurück.

18.10. Auf der 9. Tagung des Zentralkomitees (ZK) der SED wird Erich Honecker "auf eigenen Wunsch" von allen Ämtern entbunden. Gleichzeitig verliert unter anderem auch **Günter Mittag** seine Ämter im Politbüro und im Sekretariat des ZK. **Egon Krenz** wird neuer Generalsekretär der SED. In einer von den Medien übertragenen Rede räumt Krenz ein, daß die SED in den letzten Monaten die reale Lage verkannt habe. Nun sei aber die "Wende eingeleitet", doch der "Sozialismus auf deutschem Boden" stehe nicht zur Disposition.

19.10. Uraufführung des Theaterstückes "Jonas und sein Veteran" von **Max Frisch** in Zürich. Einen Monat vor der schweizerischen Volksabstimmung über die Abschaffung der Armee gibt Frisch darin eine klare Stellungnahme gegen die Armee ab.

23.10. Am Abend vor der Wahl von Egon Krenz zum Staatsratsvorsitzenden demonstrieren nach Schätzungen rund 300.000 Menschen gegen eine "neue Machtkonzentration".

Die "Volksrepublik Ungarn" wird vor jubelnden Menschenmassen in "Republik Ungarn" umbenannt.

24.10. Die Volkskammer wählt Egon Krenz zum Staatsratsvorsitzenden und zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates. Damit sind wiederum die höchsten Ämter der DDR in einer Person vereinigt.

27.10. Der DDR-Staatsrat verkündet eine weitgehende Amnestie für Flüchtlinge und inhaftierte Teilnehmer nichtgenehmigter Demonstrationen.

28.10. Die älteste bisher bestehende DDR-Oppositionsgruppe **Initiative Frieden und Menschenrechte** (IFM) konstituiert sich als landesweite Organisation.

30.10. In der DDR wird die Sendung "Der schwarze Kanal" des SED-Chef-

Kommentators [Karl-Eduard von Schnitzler](#) nach fast 30 Jahren aus dem Programm genommen.

30.10.-3.11. Mit der "Multimediale '89" stellt sich das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe erstmals der Öffentlichkeit vor.

November

3.11. Die DDR-Regierung beschließt, daß DDR-Bürger das Land ohne Formalitäten über das Gebiet der Tschechoslowakei verlassen können. Daraufhin kommt es in den folgenden Tagen zu einer erneuten [Ausreisewelle](#) von DDR-Bürgern.

4.11. Bei einer [Kundgebung auf dem Alexanderplatz](#) in Ost-Berlin demonstrieren nach Schätzungen zwischen 500.000 und einer Million Menschen für demokratische Reformen und gegen das Machtmonopol der SED in der DDR. Das Fernsehen überträgt die Veranstaltungen direkt und unangekündigt. Es sprechen unter anderem [Stefan Heym](#), Christoph Hein (geb. 1944) und [Christa Wolf](#). Auf Vorbehalte stoßen Redner wie [Markus Wolf](#) und vor allem [Günter Schabowski](#), der mehrfach ausgepiffen wird.

6.11. In der DDR-Presse wird der Entwurf für ein neues Reisegesetz veröffentlicht. Danach kann jeder Bürger der DDR für maximal 30 Tage pro Jahr ins Ausland reisen, sofern er dies beantragt und eine Genehmigung erhält. Der Entwurf stößt auf heftige öffentliche Kritik. Der zuständige Volkskammerausschuß verwirft die Vorlage bereits am nächsten Tag. In Leipzig demonstrieren Hunderttausende von DDR-Bürgern für unbeschränkte Reisemöglichkeiten, die Aufgabe des Führungsanspruchs der SED und freie Wahlen.

7.11. Ministerpräsident [Willi Stoph](#) tritt zusammen mit der gesamten DDR-Regierung zurück.

8.11. Auf der 10. Tagung des ZK der SED tritt das Politbüro zurück. Anschließend wird ein verkleinertes Politbüro gewählt und Egon Krenz als Generalsekretär bestätigt.

Das Neue Forum (NF) wird als Vereinigung zugelassen.

9.11. Auf einer vom Fernsehen direkt übertragenen, internationalen Pressekonferenz verliest das SED-Politbüromitglied [Günter Schabowski](#) um 18.57 Uhr auf eine Anfrage zur neuen Ausreiseregelung beiläufig einen Beschluß des amtierenden Ministerrates, den ihm angeblich der SED-Generalsekretär Egon Krenz kurz vorher zustecken ließ: "Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt." Auf eine Nachfrage erklärt Schabowski, das trete nach seiner Kenntnis "sofort, unverzüglich" in Kraft. Geplant gewesen ist dies erst später und nur auf Antrag. Daraufhin drängen noch am selben Abend Tausende von Ost-Berlinern nach West-Berlin. Kurz vor Mitternacht öffnen sich die ersten Schlagbäume an der Mauer.

10.11. Aufgrund der [Öffnung der innerdeutschen Grenzen](#) besuchen Millionen von DDR-Bürgern die grenznahen Städte der Bundesrepublik, vor allem West-Berlin. Es kommt zu überschwenglichen Freudenszenen; fremde Menschen umarmen sich, singen, tanzen und jubeln. Bundeskanzler [Helmut Kohl](#) bricht seinen Polen-Besuch ab, um am Abend vor dem Schöneberger Rathaus in West-Berlin auf einer Kundgebung zu sprechen. Der SPD-Ehrenvorsitzende [Willy Brandt](#) prägt dort den Satz "Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört".

Sturz der Staats- und Parteiführung in Bulgarien.

11.11. Bundeskanzler Kohl und SED-Generalsekretär Egon Krenz sprechen in einem Telefongespräch über eine Intensivierung der Zusammenarbeit und einigen sich auf eine baldige persönliche Begegnung.

Das Volk auf der Mauer (10. November 1989)

11./12.11. Über das Wochenende besuchen etwa drei Millionen DDR-Bürger die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin. Der Verkehr in den grenznahen Gebieten bricht teilweise zusammen. Zu Verzögerungen kommt es besonders bei der Auszahlung des Begrüßungsgeldes.

11.11.-18.2.1990 Die von dem schweizerischen Kunsthistoriker Harald Szeemann (geb. 1933) kuratierte Eröffnungsausstellung der Hamburger Deichtorhallen präsentiert mit Richard Serra (geb. 1939), Anselm Kiefer (geb. 1945), Bruce Nauman (geb. 1941) und Gerhard Richter (geb. 1932) die Großmeister der aktuellen Kunst.

12.11. In mehreren Städten der DDR finden Kundgebungen und Versammlungen der SED statt, auf denen die Basis eine "Erneuerung der Partei von unten" fordert.

13.11. Der bisherige Volkskammerpräsident Horst Siermann (1915-1990) tritt zurück. Zu seinem Nachfolger wird - erstmals in geheimer Abstimmung - der Vorsitzende der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands [Günther Maleuda](#) gewählt. Nach der Abberufung des amtierenden Ministerrates, dessen Mitglieder Willi Stoph und [Erich Mielke](#) sich zu rechtfertigen versuchen, wählt die Volkskammer den "Reformkommunisten" [Hans Modrow](#) zum neuen Ministerpräsidenten.

Die DDR hebt die Sperrzonen entlang der Berliner Mauer, der innerdeutschen Grenze und in den Küstengewässern auf.

16.11. Als erstes Mitglied des Warschauer Paktes stellt Ungarn einen Aufnahmeantrag für den Europarat.

Bundeskanzler Kohl sichert der DDR wirtschaftliche Hilfe zu, sobald ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems vollzogen wird.

17.11. Regierungschef Hans Modrow präsentiert die 28 Minister seines verkleinerten Kabinetts. In seiner Regierungserklärung kündigt er einschneidende Reformen des politischen Systems, der Wirtschaft, des Bildungswesens und der Verwaltung an. Das Ziel ist eine "neue sozialistische Gesellschaft". Der Bundesregierung schlägt er einen Ausbau der Beziehungen hin zu einer "Vertragsgemeinschaft" vor. Spekulationen über eine Wiedervereinigung erteilt Modrow eine klare Absage.

18.11. An die Stelle des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) tritt das "Amt für Nationale Sicherheit".

Die Volkskammer setzt einen "Untersuchungsausschuß Amtsmißbrauch" zur Überprüfung der Privilegien der SED-Funktionäre ein.

20.11. Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu (1918-1989) lehnt auf dem Parteikongreß der KP in Bukarest jegliche Reformen ab.

20.-23.11. Hunderttausende demonstrieren in Prag gegen das Machtmonopol der Kommunisten.

22.11. Das SED-Polibüro bietet Gespräche am [Runden Tisch](#) an.

23.11. Der DDR-Ministerrat beschließt Zollkontrollen gegen den Ausverkauf von DDR-Produkten durch Besucher aus anderen Ländern.

Günter Mittag, der als Verantwortlicher für die wirtschaftliche Misere in der DDR gilt, wird aus der SED ausgeschlossen.

Die Führung der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei tritt zurück.

Am 29.11. wird der Führungsanspruch der Partei aus der Verfassung der CSSR gestrichen.

26.11. Namhafte Intellektuelle und Reformer treten mit dem Aufruf "Für unser Land" dafür ein, die Eigenständigkeit der DDR zu bewahren und damit eine "sozialistische Alternative zur Bundesrepublik" zu schaffen.

28.11. Bundeskanzler Kohl legt ein "Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas", das letztendlich zur Wiedervereinigung Deutschlands führen soll, vor. Nach anfänglicher Zustimmung rücken FDP und SPD von dem Plan ab, da weder die Alliierten vorab unterrichtet wurden, noch die polnische Westgrenze zugesichert sei. Am 1.12. wird der Plan im Bundestag ohne die Stimmen der SPD und der **Grünen** gebilligt.

29.11. Der SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzende Krenz sowie der DDR-Ministerpräsident Modrow schließen sich dem Aufruf "Für unser Land - zur Bewahrung der Eigenständigkeit der DDR" an.

30.11. Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen (1930-1989), wird in Bad Homburg von Terroristen der **Roten Armee Fraktion** durch einen Bombenanschlag ermordet.

Die tschechoslowakische Regierung gibt den Abbau der Grenzsperrern zu Österreich bekannt.

Dezember

1.12. Die DDR-Volkskammer streicht den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung.

2.12. Ein Bericht des Untersuchungsausschusses der DDR-Volkskammer legt Korruption in der SED-Spitze offen. Daraufhin kommt es im Parlament zu tumultartigen Szenen.

3.12. Auf der 12. Tagung des ZK der SED erfolgt der Rücktritt des Politbüros und des ZK mit Egon Krenz an der Spitze. Erich Honecker, Willi Stoph, Erich Mielke, **Alexander Schalck-Golodkowski** und weitere Spitzenfunktionäre werden aus der SED ausgeschlossen.

Die ehemaligen Politbüromitglieder Günter Mittag und Harry Tisch (1927-1995) werden wegen schwerer Schädigung des Volkseigentums und der Volkswirtschaft verhaftet.

4.12. In Leipzig dringen Bürger in das Gebäude des Staatssicherheitsdienstes ein, um die Vernichtung von Stasi-Akten zu verhindern.

4./5.12. Die DDR-CDU und die LDPD erklären ihren Austritt aus dem Demokratischen Block der **Parteien** und der **Massenorganisationen**.

5.12. In der DDR wird die Aufhebung des Mindestumtausches und der Visumpflicht für Bundesbürger zum 1. Januar 1990 verkündet.

6.12. Egon Krenz tritt als Staatsratsvorsitzender zurück. Sein Nachfolger wird der Vorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach (geb. 1928).

In West-Berlin stellt sich der DDR-Devisenbeschaffer und Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Alexander Schalck-Golodkowski, der Polizei. In der DDR wird gegen ihn der Vorwurf der "Veruntreuung von Volkseigentum" erhoben.

7.12. Erstmals treffen sich in Ost-Berlin Vertreter der fünf ehemaligen Blockparteien und sieben Oppositionsgruppierungen am Runden Tisch. Es wird beschlossen, das Amt für Nationale Sicherheit aufzulösen, und vorgeschlagen, am 6. Mai 1990 die ersten freien Wahlen abzuhalten.

8.12. Gegen verschiedene SED-Spitzenfunktionäre wie Erich Honecker, Erich Mielke und Willi Stoph werden Ermittlungen wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs und der Korruption eingeleitet.

8./9.12. Auf dem außerordentlichen SED-Parteitag in Ost-Berlin wird die Parteiauflösung abgelehnt. Zum neuen Parteivorsitzenden wird [Gregor Gysi](#) gewählt. Seine Stellvertreter werden Hans Modrow und der Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer (geb. 1943).

Auf dem EG-Gipfel in Straßburg erkennen die Staats- und Regierungschefs in einer Grundsatzerklärung zum Wandel in Mittel- und Osteuropa prinzipiell das Recht der Deutschen auf Einheit an.

10.12. In Oslo und Stockholm werden die [Nobelpreise](#) verliehen. Der [Friedensnobelpreis](#) geht an den 14. Dalai Lama (geb. 1935). Der tibetische Religionsführer tritt für den gewaltfreien Widerstand gegen die chinesische Besetzung seines Landes ein.

11.12. Erstmals wird bei den mittlerweile traditionellen Montagsdemonstrationen in der DDR der Ruf nach [Wiedervereinigung](#) deutlich.

In West-Berlin findet die erste Viermächtekonferenz seit 18 Jahren statt.

14.12. Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ) legt einen Dreistufenplan zur deutschen Einheit vor.

15.12. Auf dem Sonderparteitag der DDR-CDU wird der am 12. November gewählte Parteivorsitzende [Lothar de Maizière](#) bestätigt.

16.12. In den westrumänischen Städten Temesvar und Arad bricht der offene Widerstand gegen das Ceausescu-Regime aus. Der Aufstand breitet sich auch auf die Hauptstadt Bukarest aus. Während sich die Armee schließlich auf die Seite der Bevölkerung stellt, setzt der rumänische Staatssicherheitsdienst "Securitate" den Kampf selbst dann noch fort, als am 22.12. der Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu gestürzt wird. Am 25. 12. werden Ceausescu und seine Frau von einem Militärtribunal zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet. Am 26.12. wird die "Securitate" zur Aufgabe gezwungen.

16./17.12. Auf dem Sonderparteitag der SED wird die Umbenennung der Partei in SED-PDS (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Partei des Demokratischen Sozialismus) beschlossen.

Gründungsparteitag des [Demokratischen Aufbruchs](#) (DA), Vorsitzender wird [Wolfgang Schnur](#).

Helmut Kohl vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche am 19. Dezember

19./20.12. Bundeskanzler Kohl trifft zu Gesprächen mit Ministerpräsident Hans Modrow in Dresden zusammen. Beide Regierungschefs vereinbaren Verhandlungen über eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft. Kohl wird bei seiner Ansprache vor der Ruine der Frauenkirche von der Bevölkerung umjubelt.

20.12. US-Truppen greifen in Panama ein, um General Manuel Noriega (geb. 1940) zu stürzen und unter dem Vorwurf des Drogenhandels zur Verantwortung zu ziehen.

20.-22.12. Der französische Staatspräsident [François Mitterrand](#) besucht als erstes Staatsoberhaupt einer westlichen Siegermacht des [Zweiten Weltkriegs](#) die DDR.

22.12. In Berlin wird das Brandenburger Tor wieder geöffnet, vorerst allerdings nur für Fußgänger.

24.12. Erstmals können Bundesbürger und West-Berliner ohne Visum und Zwangsumtausch in die DDR reisen.

26.12. Bundesaußenminister Genscher und sein tschechischer Amtskollege Jiri Dienstbier (geb. 1937) schneiden in einem symbolischen Akt den Grenzzaun zwischen beiden Staaten am Übergang Waidhaus-Roßhaupt

durch.

28.12. Die Symbolfigur des Prager Frühlings, [Alexander Dubcek](#), wird zum Parlamentspräsidenten und einen Tag später der Schriftsteller Vaclav Havel zum neuen Staatspräsidenten der Tschechoslowakei gewählt.

Vaclav Havel als Brauerei-Hilfsarbeiter (1975) und als Staatspräsident des CSSR

1990

Januar

3.1. Der [Runde Tisch](#) vereinbart die "Große Koalition der Vernunft" bis zu den [Volkskammerwahlen am 18. März 1990](#).

9.1. Der frühere Staats- und Parteichef [Egon Krenz](#) legt sein Mandat als Abgeordneter der Volkskammer nieder und gibt damit sein letztes politisches Amt auf.

11.1. Die Volkskammer verabschiedet das neue Reisegesetz, das den DDR-Bürgern Reisefreiheit einräumt und den Erwerb von Devisen regelt.

13.1. Die [Sozialdemokratische Partei in der DDR](#) (SDP) beschließt auf ihrer ersten landesweiten Konferenz in Ost-Berlin die Umbenennung in SPD.

15.1. Mehr als zweitausend Demonstranten stürmen die Zentrale des ehemaligen [Staatssicherheitsdienstes](#) in Ost-Berlin und verwüsten sie teilweise.

Ministerpräsident [Hans Modrow](#) schlägt dem Runden Tisch die Teilnahme an der Regierungsarbeit vor.

In Erfurt erscheint die erste unabhängige Tageszeitung der DDR, die "Thüringer Allgemeine". Damit endet das SED-Medienmonopol.

Das bulgarische Parlament streicht den Führungsanspruch der Kommunistischen Partei aus der Verfassung.

19.1. Der langjährige SPD-Fraktionschef im Bundestag [Herbert Wehner](#) stirbt in Bonn.

20.1. Gründung der Deutschen Sozialen Union (DSU) durch zwölf christlichliberal-konservative Gruppen in Leipzig. Die Partei befürwortet eine schnelle deutsche Wiedervereinigung und wird von der bayerischen CSU unterstützt.

21.1. Die Mehrheit des SED-PDS-Parteivorstandes entscheidet sich gegen eine Auflösung der Partei, aber für die Streichung des Namens SED und des bisherigen Parteiabzeichens: zwei ineinandergreifende Hände als Symbol der [Vereinigung von SPD und KPD](#) im Jahr 1946. Gleichzeitig wird die Mehrheit der früheren SED-Führung aus der Partei ausgeschlossen. Des weiteren treten führende Reformer wie der Dresdner Bürgermeister und stellvertretende Vorsitzende der SED-PDS, Wolfgang Berghofer (geb. 1943), zusammen mit 39 weiteren Mitgliedern aus der Partei aus. Die ehemalige Staatspartei hat bereits die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt.

23.1. Erste Sitzung der deutsch-deutschen Wirtschaftskommission unter Vorsitz des Bundeswirtschaftsministers Helmut Haussmann (geb. 1943) und des DDR-Wirtschaftsministers Gerhard Beil (geb. 1926). Die Bundesregierung bietet zur Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe in der DDR zinsgünstige Kredite in Höhe von sechs Milliarden DM an.

24.1. Die erste Ausstellung westdeutscher Künstler in der DDR, die ohne Genehmigung von staatlicher Seite stattfindet, wird in der "Galerie oben" in Karl-Marx-Stadt eröffnet.

25.1. Die DDR-Regierung beschließt die volle Gewerbefreiheit für Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe und verabschiedet eine Verordnung über die Gründung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung.

Mehr als 200 Wirtschaftsexperten aus beiden deutschen Staaten beraten in Hannover auf den 1. deutsch-deutschen Unternehmertagen über Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

28.1. Bei der Landtagswahl im Saarland kann die SPD ihre absolute Mehrheit mit 54,4% ausbauen. Damit steht Ministerpräsident [Oskar Lafontaine](#) als Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl im Dezember 1990 fest.

Der Runde Tisch einigt sich mit Ministerpräsident Modrow auf den Eintritt von Oppositionsgruppen in eine "Regierung der nationalen Verantwortung".

29.1. Der frühere Staats- und Parteichef der DDR, [Erich Honecker](#), wird aus dem Berliner Krankenhaus Charité entlassen und sofort verhaftet. Einen Tag später wird er wegen "Haftunfähigkeit" freigelassen.

Februar

1.2. Ministerpräsident Hans Modrow unterbreitet sein Konzept "für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland". Der Stufenplan sieht folgende Schritte vor: Vertragsgemeinschaft, Konföderation und Übertragung von Souveränitätsrechten auf die Konföderation.

4.2. Gründungsparteitag der FDP in der DDR. Vorsitzender wird Bruno Menzel (geb. 1932). Die Liberal- Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) bleibt weiter bestehen und nennt sich am 9. Februar in Liberal-Demokratische Partei (LDP) um.

Mit dem Austritt der slowenischen Kommunisten aus dem gesamtjugoslawischen Bund der Kommunisten wird der Zerfallsprozeß Jugoslawiens in Gang gesetzt.

5.2. Die Volkskammer wählt acht Politiker aus oppositionellen Parteien und Gruppierungen als Minister ohne Geschäftsbereich in den Ministerrat.

Außerdem wird die uneingeschränkte Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit in der DDR beschlossen. Rundfunk, Fernsehen und die Nachrichtenagentur ADN unterstehen nicht mehr der Regierung.

In Berlin einigen sich die DDR-CDU, die Deutsche Soziale Union (DSU) und der [Demokratische Aufbruch](#) (DA) für die Volkskammerwahlen am 18. März auf das Wahlbündnis "Allianz für Deutschland". Bundeskanzler [Helmut Kohl](#) kündigt die Unterstützung seiner Partei für das Wahlbündnis an.

5./6.2. Das Zentralkomitee der KPdSU in Moskau beschließt, auf dem nächsten Parteitag den Führungsanspruch der Partei zu streichen.

7.2. Zusammenschluß der DDR-Oppositionsgruppen [Neues Forum](#), [Demokratie Jetzt](#) und [Initiative Frieden und Menschenrechte](#) zum "Bündnis 90". Das Bündnis befürwortet die stufenweise Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Unter Vorsitz von Bundeskanzler Kohl konstituiert sich ein Kabinettsausschuß "Deutsche Einheit". Kohl schlägt der DDR sofortige Verhandlungen über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreform vor. Anlaß ist der nicht abbreißende Übersiedlerstrom aus der DDR.

8.2. In einer Erklärung des DDR-Ministerpräsidenten Modrow erkennt die DDR erstmals die Verantwortung des gesamten deutschen Volkes für die [Verbrechen des NS-Regimes am jüdischen Volk](#) an und äußert ihre Bereitschaft, den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus eine Entschädigung zu bezahlen.

9.-20.2. Erstmals werden die Berliner Filmfestspiele in beiden Teilen der Stadt veranstaltet.

10.2. Bei einem Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und dem sowjetischen Staats- und Parteichef [Michail Gorbatschow](#) in Moskau wird die Zusicherung

gegeben, daß die UdSSR einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht im Weg stehe.

11.2. Der südafrikanische Bürgerrechtler Nelson Mandela (geb. 1918) wird nach über 27 Jahren aus der Haft entlassen.

12.2. Zusammenschluß der liberalen Parteien LDP, FDP und der Deutschen Forum-Partei (DFP) zum Wahlbündnis "Bund freier Demokraten". Hauptziele des Bündnisses sind die deutsche Einheit und die soziale und ökologisch orientierte Marktwirtschaft auf der Basis des Privateigentums.

12./13.2. NATO und Warschauer Pakt einigen sich in Ottawa/Kanada auf eine Reduzierung ihrer in Mitteleuropa stationierten Soldaten auf jeweils 195.000 Mann. Am Rande der Konferenz treffen die Außenminister der Bundesrepublik und der DDR sowie der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA, zusammen. Sie vereinbaren, auf einer Zwei plus vier-Konferenz die "äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit" sowie Sicherheitsfragen der Nachbarstaaten zu erörtern.

13./14.2. In Bonn vereinbaren DDR-Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Vorbereitung der angebotenen Währungsunion mit Wirtschaftsreform. Sie finden keine Einigung über eine Soforthilfe der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Stabilisierung der DDR und über die Bündniszugehörigkeit eines geeinten Deutschlands.

14.2. Die französische Getränkefirma Perrier zieht weltweit 160 Millionen Flaschen ihres Mineralwassers aus dem Handel, da in einigen Produkten Spuren von Benzol entdeckt worden sind.

15.2. Der frühere SED-Generalsekretär und DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker übernimmt die "politische Verantwortung für die Krise" in der DDR.

20.2. In der DDR wird ein neues Wahlgesetz für die Volkskammer beschlossen. Danach soll das Parlament künftig nur noch aus 400 anstelle von 500 Abgeordneten bestehen, die frei, allgemein, gleich, direkt und geheim gewählt werden sollen.

21.2. Die Volkskammer beschließt das Gesetz über Parteien und andere politische Vereinigungen sowie ein Versammlungsgesetz.

22.-25.2. Auf dem ersten Parteitag der DDR-SPD wird Ibrahim Böhme zum Vorsitzenden gewählt. In dem Wahlprogramm wird die Absicht erklärt, Deutschland in drei Stufen zu vereinen und die Einheit mit einer neuen gesamtdeutschen Verfassung auf der Grundlage des Artikels 146 des Grundgesetzes zu besiegeln.

24./25.2. Der 1. Parteitag der PDS in Ost-Berlin befürwortet die schrittweise Vereinigung der beiden deutschen Staaten unter den Voraussetzungen, daß die Gleichberechtigung der DDR gewährleistet ist und ihr sozialer Standard erhalten bleibt. Auf der Abschlußkundgebung demonstrieren rund 50.000 PDS-Anhänger für die Souveränität der DDR.

26.2. Die alternative tageszeitung "taz" erscheint als erste bundesdeutsche Zeitung mit einer DDR-Ausgabe.

27.2. Der Oberste Sowjet billigt den Gesetzentwurf für die Schaffung eines mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Präsidentenamtes in der UdSSR.

März

1.3. Der DDR-Ministerrat beschließt die Umwandlung aller Kombinate und Volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften sowie die Einrichtung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung von Volkseigentum.

In Bonn wird der Wahlauf Ruf der "Allianz für Deutschland" veröffentlicht, der

besagt, daß die DDR der Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes beitreten soll.

5.3. Westdeutsche und West-Berliner Medien erscheinen von nun an auch in der DDR: 73 Zeitungen und Zeitschriften können zum Kaufpreis 1:3 erworben werden.

7.3. Die Volkskammer verabschiedet eine Sozialcharta, in der das Recht auf Arbeit und Wohnen sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau festgelegt werden. Des weiteren wird ein Wirtschaftsgesetz beschlossen, das die Gründung von privaten Unternehmen zuläßt.

Die SPD der Bundesrepublik erklärt, sie sei für einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 Grundgesetz offen, bevorzuge aber eine Volksabstimmung und eine neue Verfassung.

8.3. Der Bundestag gibt mit den Stimmen der Koalition eine Garantie-Erklärung für die polnische Westgrenze ab.

Der Ministerrat der DDR beschließt, die 109.000 "inoffiziellen" Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) förmlich von ihren Verpflichtungen - unter anderem von ihrer Schweigepflicht - zu entbinden.

9.3. Erstmals treffen sich in Ost-Berlin Vertreter beider deutscher Staaten, um die geplante Konferenz mit den vier Siegermächten vorzubereiten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich für eine Verwirklichung der Wiedervereinigung auf dem Wege des Grundgesetzartikels 23 aus. Dies würde einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik bedeuten.

10.3. Erstmals seit Kriegsende fliegt eine Lufthansa-Maschine wieder direkt von Frankfurt/Main nach Leipzig.

11.3. Die Republik Litauen erklärt ihren Austritt aus der UdSSR und damit ihre volle staatliche Unabhängigkeit.

Auf der Leipziger Frühjahrsmesse werden eine Reihe von bedeutenden innerdeutschen Unternehmensvereinbarungen getroffen. So unterzeichnen die Adam Opel AG und das Automobilwerk Eisenach einen Vertrag zur Gründung eines Joint-Ventures.

12.3. In seiner letzten Sitzung lehnt der Runde Tisch die Übernahme des Grundgesetzes der Bundesrepublik für die DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes ab.

In Leipzig findet die letzte [Montagsdemonstration](#) statt, an der nur noch 30.000 bis 50.000 Menschen teilnehmen.

14.3. Der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs (DA), [Wolfgang Schnur](#), muß nach dem Bekanntwerden seiner Tätigkeit für den ehemaligen Staatssicherheitsdienst der DDR zurücktreten.

In Bonn treffen die Vertreter beider deutschen Staaten und die der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zu den ["Zwei plus Vier"-Gesprächen](#) über die deutsche Einheit zusammen.

In der Nähe der Stadt Neubrandenburg wird erstmals ein Massengrab mit Opfern aus den sowjetischen Internierungslagern der Nachkriegszeit entdeckt.

15.3. Michail Gorbatschow wird zum ersten Präsidenten der Sowjetunion gewählt. In seiner Antrittsrede kündigt er einschneidende Wirtschaftsreformen an.

Bundespräsident [Richard von Weizsäcker](#) betont bei seinem Staatsbesuch in der Tschechoslowakei die Wichtigkeit, sich des in der Vergangenheit von beiden Ländern begangenen Unrechts zu erinnern, ohne gegenseitig aufzurechnen.

In Hamburg wird der erste Landesverband der PDS in der Bundesrepublik

gegründet.

16.3. Auf der "Art Frankfurt" in Frankfurt/Main präsentiert sich mit der Leipziger Galerie eigen+art erstmals eine Galerie aus der DDR auf einer Kunstmesse in der Bundesrepublik.

17.3. Die Außenminister des Warschauer Paktes stimmen in Prag darin überein, daß die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik das Recht des deutschen Volkes sei, solange sie in den europäischen Einigungsprozeß eingebettet ist.

18.3. Bei den ersten und einzigen freien [Volkskammerwahlen](#) erreicht die konservative "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA mit 48,15% der Stimmen einen überwältigenden Sieg. Die SPD erhält 21,84%, die PDS 16,33% und die Liberalen 5,28% der Stimmen. Das Bündnis 90, in dem sich die Hauptinitiatoren der friedlichen Revolution zusammengeschlossen haben, erreicht nur 2,91 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 93,38%.

20.3. Um die Massenabwanderung aus der DDR zu stoppen, beschließt die Bundesregierung, zum 1. Juli 1990 das Notaufnahmeverfahren für Übersiedler aus der DDR abzuschaffen.

22.3. Die Parteien der "Allianz für Deutschland" vereinbaren mit dem "Bund freier Demokraten" eine Koalition.

22.3.-17.7. In der Josef-Haubrich-Kunsthalle in Köln wird die Ausstellung "MÄNNERbande männerBÜNDE. Zur Rolle des Mannes im Kulturvergleich" gezeigt.

26.3. Erstmals in der Justizgeschichte wird die Kronzeugenregelung der Bundesrepublik angewandt. Ein kurdischer Terrorist erhält eine nur fünfjährige Haftstrafe, da seine Aussagen zur Aufklärung anderer Straftaten beigetragen haben.

27.3. Der sowjetische Präsident Gorbatschow kündigt den "kontrollierten Übergang" zur Marktwirtschaft in der Sowjetunion an.

Sowjetische Truppen besetzen in der litauischen Hauptstadt Vilnius (Wilna) unter anderem das Zentralkomitee der unabhängigen Kommunisten.

28.3. Der Bundestag beschließt eine Reform des Bundes-Ausbildungsförderungsgesetzes (BAföG), danach wird BAföG künftig zu 50% als Zuschuß und nicht mehr als Volldarlehen gezahlt.

April

2.4. Nachdem gegen Ibrahim Böhme Vorwürfe wegen einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst laut geworden sind, tritt er von seinen Ämtern als Partei- und Fraktionsvorsitzender der DDR-SPD zurück.

3.4. Die DDR-SPD tritt mit den Parteien der "Allianz für Deutschland" und dem "Bund freier Demokraten" in Koalitionsgespräche ein.

4.4. Das Bundeskabinett beschließt steuerliche Erleichterungen für Investitionen deutscher Unternehmen in der DDR.

5.4. Im Ost-Berliner "Palast der Republik" konstituiert sich die neugewählte Volkskammer und wählt [Sabine Bergmann-Pohl](#) zur Parlamentspräsidentin. Der CDU-Vorsitzende [Lothar de Maizière](#) wird mit der Regierungsbildung beauftragt.

Die neue Volkskammer beschließt eine Verfassungsänderung, nach der der Staatsrat abgeschafft wird, und streicht unter anderem die Präambel und die Klauseln, wonach die DDR ein "sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern" ist und die "entwickelte sozialistische Gesellschaft" gestaltet. Außerdem wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der Abgeordnete auf eventuelle Mitarbeit im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit überprüft.

Der Volkseigene Betrieb (VEB) Elektromaschinenbau Dresden wird als erstes Kombinat in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt.

11.4. Die Bonner Konferenz über Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (KWZE), die aus Delegierten der 35 **KSZE**-Staaten besteht, einigt sich auf ein Abschlußdokument, in dem sich erstmals auch die osteuropäischen Staaten unter anderem für ein freies Unternehmertum und ein Mehrparteiensystem aussprechen.

Die US-amerikanische Luftwaffe beginnt mit dem Abtransport ihrer 64 Marschflugkörper aus der Bundesrepublik.

12.4. Die DDR-Volkskammer wählt Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts der Großen Koalition aus den Allianzparteien CDU, DSU, DA, der SPD und den Liberalen. Die Koalition ist sich über den zügigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes einig.

Der Leipziger Dirigent Kurt Masur (geb. 1927) übernimmt als erster Deutscher die musikalische Leitung der New Yorker Philharmoniker.

13.4. Die Sowjetunion bekennt anlässlich des Staatsbesuchs des polnischen Präsidenten in Moskau, während des Zweiten Weltkriegs für die Ermordung von 15.000 polnischen Offizieren in Katyn verantwortlich gewesen zu sein.

17.-21.4. Bei einer Volksabstimmung in Karl-Marx-Stadt sprechen sich mehr als 75% der wahlberechtigten Bevölkerung für die Rückbenennung ihrer Stadt in Chemnitz aus.

20.4. Das Parlament der Tschechoslowakei beschließt, den Staatsnamen in "Tschechische und Slowakische Föderative Republik" (CSFR) zu ändern.

25.4. Auf den saarländischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten, Oskar Lafontaine, wird auf einer Wahlveranstaltung in Köln-Mühlheim ein Attentat verübt, bei dem er lebensgefährlich verletzt wird.

27.4. In Ost-Berlin beginnt die erste offizielle Verhandlungsrunde zum deutsch-deutschen Staatsvertrag über die **Wirtschaft-, Währungs- und Sozialunion**.

Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (geb. 1928) und der DDR-Abrüstungs-

und Verteidigungsminister **Rainer Eppelmann** vereinbaren in

Bonn Zusammenarbeit auf breiter Basis und enge Kontakte zwischen **Bundeswehr** und **Nationaler Volksarmee**.

28.4. Die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten stimmen in Dublin der Vereinigung Deutschlands vorbehaltlos zu.

30.4. Mit dem Zusammentreffen der DDR-Parlamentspräsidentin Bergmann-Pohl und der Bundestagpräsidentin **Rita Süßmuth** nehmen der Bundestag und die Volkskammer erstmals offizielle Beziehungen auf.

Mai

2.5. Die beiden deutschen Regierungen vereinbaren die Umtauschkurse für die Währungsunion. Danach werden die Löhne, Gehälter, Mieten, Stipendien und Renten im Verhältnis 1:1 umgestellt. Sparguthaben und Bargeld werden gestaffelt umgetauscht: Kinder bis 14 Jahre können 2.000 Mark, 15- bis 59-jährige 4.000 Mark und über 60-jährige 6.000 Mark im Verhältnis 1:1 einwechseln. Darüber hinausgehende Beträge werden im Verhältnis 2:1 eingetauscht.

4.5. In Göppingen/Baden-Württemberg erreichen Gewerkschaften erstmals eine tarifliche Vereinbarung über die 35-Stunden-Woche.

5.5. In Bonn findet das erste Außenministertreffen der zwei deutschen Staaten

und der Vier Mächte über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit statt.

6.5. In der DDR finden die ersten freien Kommunalwahlen statt. Die CDU gewinnt 34,37%, die SPD 21,27% und die PDS 14,59% der Stimmen.

Erstmals seit 60 Jahren tagen die Angehörigen des Jüdischen Weltkongresses wieder auf deutschem Boden, in West-Berlin.

8.5. Unterzeichnung eines Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EG und der DDR in Brüssel.

10.5. In der DDR kommt es zu landesweiten Demonstrationen, bei denen unter anderem Tarifverhandlungen über höhere Einkommen, der Erhalt der Arbeitsplätze und ein Schutz des Binnenmarktes gefordert werden. In den Aktionen zeigt sich die Sorge der DDR-Bürger um ihre soziale Sicherheit in einem geeinten Deutschland.

Die Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik beschließt die Anerkennung der DDR-Schulabschlüsse, die zu einem Hochschulstudium berechtigen.

12.5. Der FC Bayern München wird Deutscher Fußballmeister.

16.5. In Bonn einigen sich Bund und Länder auf die Gründung eines Fonds "Deutsche Einheit" zur finanziellen Unterstützung der DDR. Er soll, mit 115 Milliarden DM ausgestattet, die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion finanzieren.

18.5. Bundesfinanzminister [Theodor Waigel](#) und der DDR-Finanzminister [Walter Romberg](#) unterzeichnen den Staatsvertrag über die [Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion](#).

21.5. Der erste in der DDR gefertigte VW-Polo läuft im Automobilwerk Zwickau vom Band.

23.5. In Bonn tagen, erstmals seit der Verkündung des Grundgesetzes, gemeinsame Ausschüsse von Bundestag und Volkskammer.

24.5. Der frühere ungarische Außenminister Gyula Horn (geb. 1932) erhält als erste Persönlichkeit aus Osteuropa den Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen. Horn hatte durch die ungarische Grenzöffnung im Herbst 1989 die Flucht Zehntausender DDR-Bürger in den Westen ermöglicht.

30.5. Die DDR-Regierung beschließt, daß mit Einführung der D-Mark am 1. Juli die Preise frei kalkuliert und Subventionen weitestgehend abgeschafft werden.

Konstituierung der DDR-Regierungskommission zur Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin.

31.5.-3.6. Der US-amerikanische Präsident George Bush (geb. 1924) und der sowjetische Präsident Gorbatschow erklären bei ihrem Gipfeltreffen (3. Juni), daß die Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands von den Deutschen selbst entschieden werden müsse.

Juni

7.6. In der DDR wird die mutmaßliche [RAF](#)-Terroristin Susanne Albrecht (geb. 1951) festgenommen. Damit beginnt eine Serie von Fahndungserfolgen gegen langgesuchte RAF-Terroristen, die in der DDR - unterstützt vom Staatssicherheitsdienst - "untergetaucht" waren.

In Moskau unterzeichnen die Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes eine Deklaration mit dem Ziel, das Bündnis in eine politische Vertragsgemeinschaft umzuwandeln.

9.-13.6. Ministerpräsident de Maizière besucht als erster DDR-Regierungschef die USA.

10.6. Auf dem Parteitag der Grünen wird ein neuer Bundesvorstand gewählt und der Staatsvertrag mit der DDR abgelehnt.

12.6. Nach 42 Jahren der Teilung Berlins kommen der Ost-Berliner Magistrat und der West-Berliner Senat zu einer ersten gemeinsamen Sitzung zusammen.

13.6. In Berlin wird mit dem endgültigen Abriß der 47 km langen Mauer begonnen. An vier Stellen bleiben Mauerreste als Mahnmal erhalten.

15.6. Die beiden deutschen Regierungen veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen. Danach sind Enteignungen auf besatzungsrechtlicher beziehungsweise -hoheitlicher Basis zwischen 1945 und 1949 nicht mehr rückgängig zu machen. Ansonsten ist enteignetes Grundvermögen in der DDR grundsätzlich den ehemaligen Eigentümern zurückzugeben.

16.6. In Bonn demonstrieren rund 10.000 Menschen für die ersatzlose Streichung des [Paragrafen 218](#) und 3.000 Menschen dagegen. DDR-Bürger blockieren einen Grenzübergang in Berlin, als Protestaktion gegen die mögliche Einführung dieses Abtreibungsparagrafen.

18.6. Mit Beschlüssen der Führungsgremien von CDU, SPD und FDP wird der Weg für eine im Herbst geplante Vereinigung mit den Schwesterparteien in der DDR bereitet.

19.6. In Schengen/Luxemburg werden von Regierungsvertretern der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und der Benelux-Staaten Zusatzvereinbarungen zum [Schengener Abkommen](#) unterzeichnet. Danach werden ab 1992 die Personenkontrollen an den gemeinsamen Binnengrenzen abgeschafft.

In Südafrika wird die 1953 eingeführte Rassentrennung in öffentlichen und betrieblichen Einrichtungen beendet.

21.6. Gleichzeitig verabschieden der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin den Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze. Die PDS, Bündnis 90 und Die Grünen lehnen den Staatsvertrag ab, da er das System der Bundesrepublik auf die DDR anwende, ohne deren Bürgern die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitwirkung einzuräumen.

22.6. Der Bundesrat stimmt dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie der Entschließung über die Anerkennung der polnischen Westgrenze zu. Die SPD-geführten Länder Niedersachsen und Saarland lehnen den Staatsvertrag ab, da sie ihn für "unzureichend" halten. In Ost-Berlin beginnt die zweite Runde der "Zwei-plus-Vier" Gespräche. Die UdSSR erhält von einem Konsortium deutscher Banken einen Kredit in Höhe von 5 Milliarden DM, für den die Bundesregierung die Garantie übernimmt.

25.6. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) entscheidet sich für eine Fusion mit der CDU.

25.-27.6. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl reisen nach Israel. Die Präsidentinnen bekräftigen die Verantwortung Gesamtdeutschlands gegenüber dem jüdischen Staat. Abschließend erklären sie, es gebe in Israel keinen grundlegenden Widerstand gegen die Wiedervereinigung Deutschlands.

29.6. In London beschließt die internationale Ozonkonferenz den Ausstieg aus der Produktion von Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) bis zum Jahre 2000.

Juli

1.7. Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Damit

überträgt die DDR die Hoheit über die Finanz- und Geldpolitik an die Bundesrepublik und die D-Mark wird zum einzigen Zahlungsmittel in der DDR.
2.-13.7. Auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU in Moskau kann Präsident Gorbatschow seine Machtstellung behaupten. Das Politbüro wird vollkommen umgestaltet und die Trennung zwischen Partei- und Regierungsämtern vollzogen.

5./6.7. Die NATO bietet dem Warschauer Pakt einen gegenseitigen Nichtangriffspakt an.

6.7. In Ost-Berlin beginnen die Verhandlungen zum **Einigungsvertrag**, dem zweiten Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

7.7. Die drei Star-Tenöre José Carreras (geb. 1946), Plácido Domingo (geb. 1941) und Luciano Pavarotti (geb. 1935) treten aus Anlaß der Fußballweltmeisterschaft in Italien erstmals gemeinsam auf.

8.7. Die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland wird nach einem 1:0-Sieg über Argentinien Fußballweltmeister.

14.-16.7. Bundeskanzler Kohl trifft in der Sowjetunion mit Präsident Gorbatschow zu Gesprächen zusammen. Gorbatschow billigt einem vereinten Deutschland die volle Souveränität und die freie Wahl der Bündniszugehörigkeit zu.

16.7. Konstituierung der DDR-**Treuhandanstalt**, die für die Abwicklung der 8.000 Volkseigenen Betriebe (VEB) zuständig ist.

Die Sowjetrepublik Ukraine erklärt sich für souverän.

17.7. Beginn der dritten Runde der "Zwei-plus-Vier"-Verhandlungen in Paris. Die Außenminister beider deutscher Staaten und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs bestätigen in Anwesenheit des polnischen Außenministers die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze.

18.7. Ungarn und die UdSSR nehmen als erste Staaten des Warschauer Paktes diplomatische Beziehungen zur NATO auf.

19.7. Der Deutsche Fußballbund (DFB) der Bundesrepublik und der Deutsche Fußballverband der DDR beschließen in Frankfurt/Main ihre Vereinigung.

20.7. Die Rekruten der Nationalen Volksarmee schwören einen neuen Fahneid, indem sie sich nicht mehr verpflichten, den Sozialismus zu verteidigen.

21.7. Die britische Rockband "Pink Floyd" gibt auf dem Potsdamer Platz in Berlin das bislang größte Konzert in der Geschichte der Rockmusik.

22.7. Die DDR-Volkskammer verabschiedet mit Wirkung vom 14.10.1990 das Ländereinführungsgesetz und das Gesetz zur Wahl der Landtage. Es wandelt die seit Juli 1952 zentralistische DDR in einen föderativen Staat mit fünf **neuen Ländern** um. Damit werden die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen wieder eingerichtet.

August2

.8. Irakische Truppen marschieren in das Emirat Kuwait ein und besetzen alle strategisch wichtigen Punkte. Noch am selben Tag verurteilt der UNSicherheitsrat

den Einmarsch, und am 6. August verhängt der Sicherheitsrat ein totales Handelsembargo gegen den Irak. Nur die Lieferung von Medikamenten und Lebensmitteln sind ausgenommen.

3.8. In Ost-Berlin wird der gesamtdeutsche Wahlvertrag unterzeichnet. Damit wird der Geltungsbereich des Bundeswahlrechts auf die DDR erweitert.

5.8. Die Grüne Partei und das Bündnis 90 in der DDR schließen sich mit den Grünen in der Bundesrepublik zur Listenverbindung Bündnis 90/Grüne

zusammen.

In Ost-Berlin wird die Listenvereinigung Linke Liste/PDS gegründet.

7.8. Die Sowjetrepublik Estland erklärt ihre Unabhängigkeit.

8.8. Die Volkskammer bittet den Bundestag, die gesamtdeutschen Wahlen und den Beitritt der DDR für den 14.10. zu ermöglichen.

9.8. In der Volkskammer scheitert der Wahlvertrag vom 3. August, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung knapp verfehlt wird. Im Bundestag verweigert die Opposition die Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung, die vorgezogene Wahlen ermöglicht hätte.

11.8. Zusammenschluß der drei liberalen Parteien der DDR und der FDP der Bundesrepublik zu einer Partei mit dem Namen "Freie Demokratische Partei - die Liberalen". Vorsitzender wird [Otto Graf Lambsdorff](#).

11.8.-4.11. Die anlässlich des 100. Todestages des Künstlers ausgerichtete Ausstellung "Van Gogh und die Moderne 1890 bis 1914" im Museum Folkwang in Essen wird ein großer Publikumserfolg.

18.8. Der irakische Parlamentspräsident kündigt an, daß alle in Kuwait und Irak lebenden westlichen Ausländer als "lebende Zielscheiben" an strategisch wichtige Orte gebracht werden.

19.8. Die SPD verläßt die Regierungskoalition in der DDR. Damit verliert Ministerpräsident de Maizière die Regierungsmehrheit, da die Liberalen bereits am 24. Juli ihre Unterstützung (jedoch nicht ihre Minister) der Regierung entzogen haben. Am 21. August tritt der SPD-Fraktionschef Richard Schröder (geb. 1943) wegen parteiinterner Konflikte von seinem Amt zurück, sein Nachfolger wird der Vorsitzende der DDR-SPD [Wolfgang Thierse](#).

22.8. Die Volkskammer verabschiedet das Wahlgesetz, das im ersten Anlauf am 9. August gescheitert war.

23.8. Die Volkskammer beschließt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit "den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3.10.1990".

Die Sowjetrepubliken Armenien und Turkmenien erklären sich für souverän.

24.8. Die Volkskammer verabschiedet ein Gesetz, daß die Vernichtung der etwa sechs Millionen Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit verbietet.

29.8. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und SPD um die strafrechtliche Regelung bei Abtreibungen verzichtet die CDU/CSU-Fraktion auf die Festschreibung des "Wohnortprinzips". Danach hätten sich Bundesbürgerinnen bei einer Abtreibung in der DDR strafbar gemacht. Es gilt nun das "Tatortprinzip", demnach ist der Ort der Abtreibung für die strafrechtliche Verfolgung maßgeblich.

In Ramstein kommen beim Absturz eines US-Transportflugzeuges 13 Menschen ums Leben.

30.8. Auf der Konferenz für Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) in Wien garantieren Bundesaußenminister Genscher und Ministerpräsident de Maizière, die Streitkräfte im geeinten Deutschland innerhalb von vier Jahren auf 370.000 Mann zu reduzieren.

31.8. Genehmigung des Einigungsvertrags durch das Bundeskabinett in Bonn und den Ministerrat in Ost-Berlin. Der Vertrag wird von Bundesinnenminister [Wolfgang Schäuble](#) und dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Ministerpräsidenten Günther Krause (geb. 1953) unterschrieben. Am 20. September wird der Vertrag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit von der

Volkskammer und vom Bundestag verabschiedet. Tags darauf stimmt auch der Bundesrat zu.

September

1.9.-7.10. Das nach einer Idee von [Heiner Müller](#), Rebecca Horn (geb. 1944) und Jannis Kounellis (geb. 1936) in Ost- und West-Berlin stattfindende Ausstellungsprojekt "Endlichkeit der Freiheit" umfaßt 21 Installationen elf verschiedener Künstler zur deutschen Geschichte.

1.9.-25.11. Die Ausstellung "Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts" im Museum Wiesbaden veranschaulicht die Rolle der Frau in der Kunstgeschichte.

4.9. In Ost-Berlin besetzen mehr als 20 Angehörige von DDRBürgerrechtsbewegungen die Zentrale des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes, um gegen eine Verlagerung der Akten der Behörde in die Bundesrepublik zu protestieren.

5.9. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kann der "genetische Fingerabdruck" in Prozessen als Beweismittel verwendet werden.

6.9. Die Volkskammer verabschiedet ein Rehabilitierungsgesetz, das eine Entschädigung von Opfern des SED-Regimes vorsieht.

12.9. Mit dem Abschluß der "Zwei-plus-Vier-Gespräche" durch Unterzeichnung des "Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" von seiten der Außenminister der vier ehemaligen Siegermächte der beiden deutschen Staaten in Moskau erhält das geeinte Deutschland die volle Souveränität und faktisch einen Friedensvertrag. Die alliierten Hoheitsrechte werden mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 ausgesetzt.

13.9. Auf Beschluß des Bundestags wird der Wehrdienst von 15 auf 12 Monate und der Zivildienst von 20 auf 15 Monate verkürzt.

20.9. Im Bundestag und in der Volkskammer wird der Einigungsvertrag gegen die Stimmen der Grünen und der PDS verabschiedet.

24.9. In Ost-Berlin wird zwischen der DDR und der Sowjetunion ein Vertrag unterzeichnet, nach dem die DDR-Mitgliedschaft im Warschauer Pakt am 3. Oktober 1990 erlischt.

In der UdSSR erhält Präsident Gorbatschow befristet bis zum 31. März 1992 Sondervollmachten. Er kann damit über Fragen des Eigentums, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Lohn- und Preisregelung sowie der öffentlichen Ordnung allein entscheiden.

27.9. Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands in Berlin zur gesamtdeutschen SPD. Vorsitzender wird [Hans-Jochen Vogel](#).

28.9. Als Reaktion auf Meutereien in DDR-Gefängnissen beschließt die Volkskammer eine Teilamnestie für DDR-Häftlinge, die damit nur zwei Drittel ihrer Haftstrafe verbüßen müssen.

29.9. Das Bundesverfassungsgericht lehnt den gesamtdeutschen Wahlvertrag vom 3. August 1990 als verfassungswidrig ab, da es gegen den Grundsatz der Wahlgleichheit verstoße. Die einheitliche fünfprozentige Sperrklausel benachteilige Parteien und andere politische Vereinigungen aus der DDR.

30.9. Nach Beschluß der Vorsitzenden der 20 Einzelgewerkschaften vom 9. Mai 1990 löst sich der "Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" (FDGB) als politisches Organ selbst auf.

Oktober

1./2.10. Zusammenschluß der beiden christdemokratischen Parteien in Hamburg. Helmut Kohl wird Vorsitzender der CDU Deutschlands und Lothar

de Maizère sein Stellvertreter.

Vor dem Berliner Reichstag (2/3. Oktober)

3.10. Die DDR tritt dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. Die Bundesrepublik verfügt von nun an über die volle Souveränität. Bundespräsident Richard von Weizsäcker ernennt auf Vorschlag des Bundeskanzlers fünf ehemalige DDR-Politiker zu Ministern ohne Geschäftsbereich.

4.10. Der erste gesamtdeutsche Bundestag konstituiert sich im Berliner Reichstagsgebäude.

5.10. Der Bundestag verabschiedet ein neues Wahlgesetz mit der Regelung der Fünf-Prozent-Klausel in getrennten Wahlgebieten und der Möglichkeit zu Listenvereinigungen in den neuen Bundesländern.

8.10. Am Tempelberg in Jerusalem richten israelische Sicherheitskräfte ein Massaker an, bei dem 21 Palästinenser ums Leben kommen. Der Vorfall führt zu einer Wende in der US-amerikanischen Außenpolitik. Am 12. Oktober stimmen die USA erstmals einer gegen Israel gerichteten Resolution der Vereinten Nationen zu, die das Massaker verurteilt und die israelische Besatzungspolitik angreift.

9.10. In der Sowjetunion wird das Mehrparteiensystem eingeführt. Alle politischen Parteien werden gleichberechtigt. Die Weisungsbefugnis der Kommunistischen Partei über Polizei, Armee und Justiz entfällt.

12.10. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble erleidet bei einem Attentat im südbadischen Oppenau lebensgefährliche Verletzungen, die zu einer Querschnittslähmung führen.

15.10. Das Nobelpreiskomitee in Oslo gibt bekannt, daß der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow mit dem diesjährigen [Friedensnobelpreis](#) ausgezeichnet wird.

24.10. Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zum Schutz von Embryonen. Danach werden alle Veränderungen am menschlichen Erbgut untersagt und die Leihmutterchaft sowie die Forschung an und der Handel mit Embryonen verboten.

31.10. Das Bundesverfassungsgericht erklärt das kommunale Wahlrecht für Ausländer für verfassungswidrig. Die 1989 in Schleswig-Holstein und Hamburg eingeführten Regelungen müssen dementsprechend aufgehoben werden.

November

8.11. Der US-amerikanische Präsident Bush kündigt eine Verstärkung der USTRuppen in der Golfregion an. Die UN-Streitkräfte drohen dem Irak mit einer militärischen Offensive.

9.11. Konstituierung des ersten gesamtdeutschen Bundesrats in Berlin. In Bonn unterzeichnen Bundeskanzler Kohl und der sowjetische Staatspräsident Gorbatschow den "Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit".

Alt-Bundeskanzler [Willy Brandt](#) trifft mit 175 freigelassenen Geiseln aus dem Irak auf dem Flughafen Frankfurt/Main ein.

10.11. Der Parteivorstand der PDS beschließt, auf 80% des SEDParteivermögens zu verzichten. Es wird betont, daß keine Auslandsgelder vorhanden seien.

12.11. In Bonn wird die Bundesgeschäftsstelle der Grünen von der Polizei durchsucht. Sie beschlagnahmt Flugblätter, mit denen die Partei Soldaten zur

Fahnenflucht aufruft, falls sie im Golfkrieg eingesetzt werden sollten.

14.11. In Ost-Berlin kommt es bei den seit dem 12. November andauernden Krawallen um die Räumung besetzter Häuser zu schweren Straßenschlachten und Kämpfen zwischen Hausbesetzern und der Polizei.

In Warschau unterzeichnen der deutsche Außenminister [Genscher](#) und sein polnischer Amtskollege Krzysztof Skubiszewski (geb. 1926) den deutsch-polnischen Grenzvertrag über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.

17.11. Die Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) in Wien enden mit der Verabschiedung des "Wiener Dokuments 90". Durch jährlichen Austausch militärischer Informationen zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten, durch Konsultation und Zusammenarbeit bei ungewöhnlichen militärischen Aktionen und durch militärische Kontakte werden die bisher bestehenden Vereinbarungen ergänzt. Der Oberste Sowjet akzeptiert das von Gorbatschow angestrebte Notstandsprogramm, das die Position des Präsidenten erheblich stärkt.

19.-21.11. Das Gipfeltreffen der 34 KSZE-Staaten in Paris erklärt den "Kalten Krieg" als definitiv beendet. Unter anderem unterzeichnen die 16 NATO- und die 6 Warschauer-Pakt-Staaten den in Wien seit dem 6. März 1989 ausgehandelten Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa vom Atlantik bis zum Ural. Am Rande des Gipfels verabschieden die NATO- und die Warschauer-Pakt-Staaten eine Gemeinsame Erklärung, in der sie ihre Verpflichtung zum Nichtangriff bestätigen. Abschließend verkünden die Staats- und Regierungschefs der 34 KSZE-Staaten feierlich die "Charta von Paris für ein neues Europa".

Die Regierungschefs der KSZE-Staaten im Elysée-Palast zu Paris

22.11. Die britische Regierungschefin [Margaret Thatcher](#) tritt nach elfjähriger Amtszeit zurück.

29.11. Der UN-Sicherheitsrat stellt dem Irak ein Ultimatum. Danach sind die UN-Mitglieder zum Einsatz aller "notwendigen Mittel" berechtigt, wenn die irakischen Truppen nicht bis zum 15. Januar 1991 den Rückzug aus dem besetzten Kuwait angetreten haben.

Dezember

2.12. Erste freie [gesamtdeutsche Wahlen](#) seit 1933: Die CDU/CSU erreicht 43,8 %, die SPD 33,5 % und die FDP 11 % der Stimmen. Die Grünen der Bundesrepublik (Wahlgebiet West) scheitern mit 4,8 % an der Fünfprozent-Hürde. Im Wahlgebiet Ost (ehemals DDR) erreichen Bündnis 90/Grüne 6 % und die PDS 11,1 %. Aufgrund der separaten Fünfprozentklausel im geänderten Bundeswahlgesetz sind sie damit im Bundestag vertreten.

15.12. Die Hauptnachrichtensendung "Aktuelle Kamera" der ehemaligen DDR wird zum letzten Mal gesendet. Die Frequenzen des Deutschen Fernsehfunks gehen an die ARD über.

20.12. Konstituierung des ersten frei gewählten gesamtdeutschen Parlaments seit 1933 im Berliner Reichstagsgebäude. PDS/Linke Liste und Bündnis 90/Grüne erhalten wegen zu geringer Abgeordnetenzahl den Gruppenanstellung des Fraktionsstatus.

22.12. In Polen wird der Solidarnosc-Führer Lech Walesa (geb. 1943) zum neuen Präsidenten vereidigt.

Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages in Moskau (12.12.)

25.12. Der sowjetische Volkskongreß der Volksdeputierten akzeptiert mit großer Mehrheit die Erweiterung der Befugnisse von Präsident Gorbatschow. Damit wird auch das Kabinett direkt dem Präsidenten unterstellt.

26.12. Die jugoslawische Teilrepublik Slowenien erklärt ihre Unabhängigkeit.

Zurück nach:

<http://www.lehrfilme.eu/wahl/bundestagswahl.htm#DDR-Revolution>